

Leserforum

Ihre Meinung interessiert:
www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Atomkraft Nidwalden verzichtet nicht auf AKW-Strom, TA vom 10. 6.

Wirtschaftliche Vorteile bei Verzicht. Ich wünsche mir, dass das Nidwaldner Volk nicht blind seinem Parlament folgt, sondern erkennt, dass der Verzicht auf AKW-Strom ein vorbildlicher, innovativer und vor allem ein menschlicher Weg ist, der zudem ein grosses wirtschaftliches Potenzial birgt. Das Stimmvolk von Nidwalden hat die Möglichkeit, seine Region durch eine Absage an den Atomstrom langfristig wirtschaftlich und gesellschaftlich aufzuwerten und sich energiepolitisch unabhängig von fragwürdigen Grosskraftwerken zu positionieren. Es braucht Anstrengungen hin zu mehr regionaler Autonomie in der Stromversorgung und das auf der Basis erneuerbarer Energien. Nidwalden verfügt über ein grosses, meist ungenügend genutztes Potenzial an erneuerbaren Energiequellen, sei dies in Form von Fliesswasser, Wind, Sonne oder auch in Form von Biomasse. Gerade Letztere ermöglicht beispielsweise Bauern auch minderwertiges Holz aus der Waldbewirtschaftung absetzen zu können, und es bietet allgemein die Chance, organische Abfälle wie z. B. Schlachtabfälle, Essensreste aus Restaurants, etc. zur Energiegewinnung zu nutzen. Ein Nein zu Atomstrom, verbunden mit dem ehrgeizigen, aber realistischen Ziel, den Strombedarf vollumfänglich mittels erneuerbaren Energien zu decken, würde die heimische Wirtschaft in Nidwalden nachhaltig stärken und Arbeitsplätze schaffen. Viele KMU wären an einem solchen Strukturwandel beteiligt und gefordert, innovative Energiekonzepte für einzelne Häuser, aber auch für ganze Gebiete zu erarbeiten, umzusetzen und schliesslich auch zu warten. Eine solche Stromautonomie ist ein Gewinn für die Bevölkerung und führt dazu, dass das Geld, das für den Stromkonsum bezahlt wird, nicht abwandert, sondern in der Region bleibt und damit einen grossen wirtschaftlichen Mehrwert schafft.

Matthias Hungerbühler, Zürich

Schreiben Sie Ihre Meinung

Tages-Anzeiger, Redaktion Leserforum,
Postfach, 8021 Zürich
www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Tages-Anzeiger

Herausgeberin
Tamedia AG (vorm. Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG) Werdrstrasse 21, 8004 Zürich.
Verleger: Pietro Supino

Redaktionsleitung
Chefredaktion: Markus Eisenhut (meh), Res Strehle (rs), (Co-Chefredaktoren), Daniela Decurtins (dan), Arthur Rutishauser (ar)
Nachrichtenchefs: Andreas Dietrich (adb), Dominique Eigenmann (de.)
Ressortleiter: Schweiz: Iwan Stadler (is)
International: Luciano Ferrari (lf)
Hintergrund/Reporter: Alain Zucker (az)
Zürich: Edgar Schuler (ese)
Regionalausgaben: Markus Rohr (rrm)
Kultur & Gesellschaft: Guido Kalberer (kal)
Wirtschaft: Rita Flubacher (rf)
Sport TA/SZ: Fredy Wettstein (fw)

Tagesanzeiger.ch Chefredaktion: Peter Wälty (pw), Michael Marti (mma), Stefan Eiselin (se)

Das Magazin Chefredaktion: Finn Canonica (fc), Martin Beglinger (beg., Stv.)

Telefon Redaktion: 044 248 44 11

Verlag
Verlagsleiter: Marcel Tappeiner. Leiter Werbemarkt: Andy Bürki. Leiter Werbemarkt national: Oliver Pargäti.

Geschäftsstellen: Hauptgeschäftl. Werdrstrasse 21.
Filiale: Oerlikon, Edisonstrasse 5.
Deutschschweiz: Tel. 044 248 4111.
Inserate: Tel. 044 248 40 30.

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch. Inserate online buchen: www.adbox.ch.
Preise gem. Anzeigenpreisliste vom 01. 01. 2010

Abonnenten-Service: Werdrstr. 21, 8021 Zürich,
Mo–Fr 07.30–12.15 und 13.15–17.00 Uhr;
Tel. 044 404 64 64, Sa/So 08.00–12.00 Uhr;
Tel. 0800 80 80 15 (gratis), Fax 044 404 69 04.

Umleitungen und Unterbrüche Fr. 7.– Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.tagesanzeiger.ch/abo. Unterbrüche werden ab dem 1. Tag vergütet.

Fernausgabe: Tel. 044 404 64 44, Fax 044 404 69 05.

Abonnementspreise inkl. «Das Magazin», «Züritipp» und «TVtäglich für je 3/6/12 Monate: Fr. 119.–/215.–/374.– (inkl. MwSt.)

Technische Herstellung: Tamedia AG Druckzentrum, Zürich. Wir drucken auf Recycling-Papier.

Ombudsmann der Tamedia AG
Ignaz Staub, Postfach, 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i. S. v. Art. 322 StGB: 20 Minuten AG, 20 Minutes Romandie SA, Belcom AG, Berner Oberland Medien AG BOM, Buchler Grafino AG, Comfrends SA, Conradio-TV AG, Edita S.A., Espace Media AG, ESPACE MEDIA GROUPE AG, Espace Media Radio AG, FMM Fachmedien Mobil AG, homegate AG, Huber & Co. Aktiengesellschaft, Jobup AG, NP News Print AG, Radio 24 AG, Raber Information Management GmbH, Schar Thun AG, Tagblatt der Stadt Zürich AG, tilltale Schweiz AG, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Verlags-AG «Schweizer Bauern», ZüriVision AG.

«Die in dieser Zeitung publizierten Inserate dürfen von Dritten weder ganz noch teilweise kopiert, bearbeitet oder sonst wie verwertet werden. Ausgeschlossen ist insbesondere auch eine Einspeisung auf Online-Dienste, unabhängig davon, ob die Inserate zu diesem Zweck bearbeitet werden oder nicht. Der Verleger und die Inserenten versagen ausdrücklich die Übernahme auf Online-Dienste durch Dritte. Jeder Verstoß gegen dieses Verbot wird vom Verlag rechtlich verfolgt.»

Integrative Volksschule Aepli versenkt Sonderpädagogik-Konzept, TA vom 12. 6.

«Konzept muss mit den nötigen Ressourcen versehen werden»

Wieder Kleinklassen einführen. Massnahmen im Bereich der Sonderpädagogik waren überfällig. Von vielen Seiten dürfte deshalb begrüsst werden, dass nun nicht mehr stur am bisherigen, ungeeigneten Konzept festgehalten wird. Allerdings ist offenbar leider dennoch nicht geplant, die früher bewährten Kleinklassen generell wieder einzuführen. Selbstverständlich kann man den Grundsatz, wonach möglichst alle Kinder in Normalklassen zu unterrichten sind, unterstützen, und es darf niemals jemandem leichtfertig der normale Weg in der Ausbildung vorenthalten werden. Es gibt nun aber, wie sich gerade im Laufe vieler Diskussionen der letzten Monate gezeigt hat, trotzdem Kinder, für welche die Regelklassen keine optimale Lösung darstellen. Umgekehrt fehlen ihnen aber auch die entscheidenden Merkmale, um sie in Sonderschulen einzuweisen. Für solche Fälle wären eben Kleinklassen ideal, und es müsste deshalb unbedingt im Zuge der Reorganisation des Konzeptes den Gemeinden auch wieder das Einrichten solcher spezieller Klassen bewilligt werden, ohne daran erschwerende finanzielle oder organisatorische Bedingungen zu knüpfen.

Werner Wunderli, Meilen
Ehem. Bezirksschulpfleger

Es braucht die Mittel. Integrative Förderung ist richtig und sinnvoll. Schülerinnen und Schüler sollen es als normal empfinden, dass sie verschiedenen sind und dass (fast) alle in der Regelschule mit- und voneinander lernen. Als Lehrperson spüre ich aber nicht nur die Vorteile der Integration, sondern auch täglich den daraus resultierenden Mehraufwand. Es wird uns gesagt, wie wir unterrichten, begleiten und fördern sollen, doch fehlen uns dazu die notwendigen Mittel: differenzierende Lehrmittel, ausgebildete Fachpersonen sowie zeitliche und finanzielle Ressourcen. Geiz ist nicht (immer) geil: Kinder sind kein Sparprogramm.

Sandra Beti, Zürich
Primarlehrerin

Viele negative Erfahrungen. Die persönliche Einstellung kann man nicht verordnen, aber man kann sie pflegen. Die Lehrerinnen und Lehrer haben im Laufe der letzten Jahre aber ihre oft negativen Erfahrungen mit der Umsetzung der Volksschulreform gemacht. Beim Entstehen dieses «Gesamtkunstwerks» ist vielen Beteiligten die Freude am Beruf und der früher optimistische Einsatz für innovative Projekte verloren gegangen. Auch ich habe vor zwei Jahren aus diesem Grunde meinen Beruf als Lehrerin aufgegeben.

Mariann Winiger, Zürich

Integrative Förderung in der Klasse. Ich bin für Integration. Und ich begrüsse Frau Aeplis Entscheid, auf das Sonderpädagogische Konzept als Ganzes zu verzichten. Die Volksschule ist im Augenblick und bis auf Weiteres mit der Umsetzung der integrativen Förderung von Kindern mit Lernbehinderungen und Schul-schwierigkeiten (IF) beschäftigt, die bis anhin in Sonder- respektive Kleinklassen unterrichtet wurden. Diese Reform ist umfassend und einschneidend genug, sodass es richtig ist, die breiter angelegte Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit schwereren Behinderungen unter Berücksichtigung klar strukturierter flankierender Massnahmen sorgfältig anzugehen. Dass Aepli gleichzeitig die Vorschrift aufheben will, IF habe während eines Drittels der Zeit im Klassenzimmer stattzufinden, finde ich hingegen verhängnisvoll, da auf diese Weise die Kinder wieder vermehrt an die Schulischen Heilpädagogischen «abgegeben» werden können. Statt «Klassenzimmerunterricht» müsste es ohnehin korrekterweise «Teamentaching» heissen, was einem von der Klassenlehrperson und der Schulischen Heilpädagogin gemeinsam verantworteten Unterricht entspricht. Dieser kann



Regierungsrätin Aepli zog die Notbremse. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

wohl im selben Zimmer stattfinden, je nach gewählter Methode jedoch auch in zwei verschiedenen Räumen.

René Zimmerli, Winterthur

Richtige Einstellung ist nicht genug. «Integration ist auch eine Frage der persönlichen Einstellung, und die kann nicht verordnet werden», sagt Regierungsrätin Aepli. Die persönliche Einstellung ist zwar eine Voraussetzung, aber sie genügt bei Weitem nicht, um Schülerinnen und Schüler im vollintegrierten Klassenverband zu unterstützen und zu fördern. Nach meiner zweijährigen Praxiserfahrung mit solchen Klassen ist mir klar, dass gewisse Schülerinnen und Schüler professionelle Hilfe brauchen. Ein ADS-Kind verliert sein Problem nicht, weil es in der Regelklasse sitzt. Die Lehrperson kann noch so qualifiziert sein - sie ist noch für zwanzig andere Kinder zuständig. Das Problem löst auch

«Integration ist ein Prozess, der professionell und sorgfältig geplant und begleitet werden muss.»

keine Heilpädagogin, wenn sie der Klasse zwei Stunden pro Woche beisteht. Lehrpersonen sind keine Therapeuten, keine Sozialarbeiter, keine Psychologen oder Psychiater. Das Kerngeschäft der Lehrpersonen ist das Unterrichten. Integration ist kein Kunstwerk, Integration ist ein Prozess, der professionell und sorgfältig geplant und begleitet werden muss. Dies erfordert Fachwissen, die nötigen Ressourcen und viel Fingerspitzengefühl.

Verena Hiltbrunner-Daepf
Präsidentin Lehrkräfte der Zürcher Sekundarstufe 1

Unterschiedliche Lösungswege. Regine Aepli hat recht, wenn sie in Bezug auf die Sonderschulung noch einmal über die Bücher geht. Ich denke, Eltern und Leute aus der Bildungspolitik sollten sich nicht nur die eine Frage stellen, «wie kann ein Kind in die Schule integriert werden?». Vielmehr ist doch die zentrale Frage: Wie können alle Kinder optimal in die Gesellschaft integriert werden? Weil jedes Kind, jeder Mensch, ein einzigartiges Individuum ist, braucht es auch vielfältige Lösungswege. Und genau

diese Vielfalt gilt es zu erhalten und auszubauen. Dies beinhaltet auch, dass ein Kind mit besonderen Bedürfnissen nach Möglichkeit eine Regelklasse besuchen kann.

Franziska Staub-Ryser, Zürich

Über die Köpfe der Lehrpersonen. Die Einsicht der Bildungsdirektorin kommt reichlich spät. Es ist völlig unbestritten, dass das Konzept vorrangig auf Spareffekte ausgelegt ist. Dieses wurde schon früher auf Kosten der Kinder mit sonderpädagogischen Bedürfnissen durchgezogen. Die betroffenen Lehrer wurden mit leeren Versprechungen ausgespeist. Dafür erhielten sie - zum Nulltarif - immer neue Zusatzaufgaben zugeschanzt; ohne Rücksichtnahme der Verantwortlichen, auch nachdem Studien die Mehrbelastung längst aufgezeigt hatten. Die heutige Lage mit ausgeprägtem strukturellem Lehrermangel ist zu grossen Teilen darauf zurückzuführen, dass die Bildungsdirektion meint, ihre Sparübungen über die Köpfe der direkt betroffenen Lehrpersonen ausführen zu können; über die Köpfe der primären Fachpersonen in diesem Bereich also.

Hans-Ulrich Graf, Wila

Mit Ressourcen ausstatten. «Gesamtkunstwerke haben es immer schwer», sagt Aepli. Richtig, aber ein Kunstwerk wäre das Konzept Sonderpädagogik gewesen, wenn die Umsetzung unter den gegebenen Voraussetzungen ohne Verluste gelungen wäre. So aber muss jetzt eben doch stark verbessert und ausgefeilt werden. Als Lehrerin in einer Landgemeinde weiss ich, dass Integration eine gute Sache ist und auch gelingen kann. Dazu müssen alle beteiligten Personen, bis hin zur Therapeutin und Kinderärztin, zusammenarbeiten. Die betroffenen Klassen müssen begleitet sein. Von der ohnehin knappen Betreuungszeit kann nicht einfach ein grosser Teil für besondere Kinder aufgewendet werden. Diese Zeit fehlt dann den anderen Schülern. Deshalb muss jetzt das Konzept entsprechend umgearbeitet und mit den notwendigen Ressourcen versehen werden. Sparen wird man da ganz sicher nicht können. Jedenfalls nicht im Moment, nicht an den betroffenen Kindern. Der Gewinn wird sich, wie so vieles im Umfeld Erziehung und Bildung, erst langfristig zeigen. Aber auch dann wird er nicht direkt bezifferbar sein. Es ist anzunehmen, dass Kinder, die früh lernen mit Problemen und besonderen Lebensformen anderer umzugehen, auch als Erwachsene toleranter sind.

Rosy Kaufmann, Embrach

Fussball im Parlament

Geri hätte den gehalten, TA vom 17. Juni

Inkonsequenter Nationalrat. Bei aller Arbeit verstehe ich natürlich die Freude und den Enthusiasmus vieler Schweizer, welche die Geschehnisse an der Fussball-WM am TV direkt verfolgen wollen. Aber was macht der Nationalrat? Erst stimmt er gegen eine Unterbrechung für das Spiel gegen Spanien um 16 Uhr, weil wichtige Geschäfte anstehen. Das kann man

«Allen, die den Sitzungssaal wegen des Spiels verlassen haben, sollte man das Sitzungsgeld streichen.»

als Bürger nachvollziehen; doch dann verzieht sich eine Mehrzahl derjenigen, die gegen eine Unterbrechung war, aus dem Saal und schaut sich das Spiel trotzdem an. So viel Verlogenheit gibt es nur bei uns. Zuerst wird nach aussen Seriosität demonstriert, um dann hintenherum sich das Spiel trotzdem anzusehen. Allen, die den Sitzungssaal wegen des Spiels verlassen haben, sollte man das Sitzungsgeld streichen.

Hans-Peter Ammann, Baar

Aufzeichnen und später anschauen. Ich hoffe, dass die Herren Räte, die zu Hause ein Geschäft leiten, ihren Angestellten auch erlaubt haben, während der Arbeitszeit ein Fussballspiel anzuschauen. Darf man eine solche Kammer noch ernst nehmen, oder handelt es sich um eine Klasse von Schulkindern? Übrigens gibt es fast in jeder Familie heutzutage ein Aufnahmegerät, das es erlaubt, Fernsehsendungen zu jeder beliebigen Zeit, also ausserhalb der Arbeitszeit, zu schauen.

Hans Peter Weber, Fahrwangen

Gotthardtunnel Der Ruf nach einer zweiten Röhre wird lauter, TA vom 15. 6.

Transporteure müssen umdenken. Es gehört inzwischen zur üblichen Strategie, dass bei der anstehenden Sanierung eines Strassentunnels nach einer zusätzlichen Röhre gerufen wird. Bislang hat es immer auch ohne geklappt. Ausserdem ist bereits eine zusätzliche Tunnelröhre am Gotthard seit Jahren im Bau - sie hat allerdings

«Die Kosten für eine neue Röhre dürften ein Vielfaches des Schadens der Tessiner Wirtschaft betragen.»

Schienen statt Asphalt, und das ist gut so. Wenn an den Kapazitäten eines Auto- und Lastwagenverlads gezweifelt wird, dann hat das einzig damit zu tun, dass die Transporteure nicht gerne umdenken. Die Kosten für den Bau einer neuen Röhre dürften überdies ein Vielfaches des angeblichen Schadens der Tessiner Wirtschaft betragen.

Hansruedi Brändli, Winterthur

Geld für neue Röhre ist da. Die zweite Tunnelröhre am Gotthard ist längst fällig und längst bezahlt. Dass der Bundesrat aus «Kostengründen» kein Gehör dafür hat, verwundert mich. Vor einigen Jahren war in der «TCS-Zeitung» zu lesen, dass rund 4 Milliarden Franken zweckgebunden für die Nationalstrassen brachliegen. Damals. Und jedes Jahr kommen weitere dazu, von uns Autofahrern. Für so viel Geld wurde in dieser Zeit nicht am Nationalstrassennetz gebaut. Wo ist dieses Geld?

René Scherrer, Hettlingen